

Fällanden, 18. Februar 2003

Deutsches Nein zu Staatsvertrag Nachverhandlungen war zu erwarten:

Südgemeinden warnen Zürcher Regierungsrat vor erneuter Kehrtwende

Das gestrige deutsche Nein zu Nachverhandlungen über den Fluglärm-Staatsvertrag kommt nicht unerwartet. Bundesrat Moritz Leuenberger hat im Vorfeld mit Unterstützung seines Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL) für die Schweiz einen schlechten Vertrag ausgehandelt. Es hätte an ein Wunder gegrenzt, wenn sein deutsches Gegenüber nun einen Rückzieher gemacht hätte. Umso erstaunlicher ist es, dass Bundesrat Leuenberger nun die Schuld der Zürcher Regierung zuschreiben will.

Unabhängig, wie die weiteren Entscheide im deutschen und schweizerischen Parlament ausfallen werden, muss für die Bevölkerung des Kantons Zürich eine vernünftige Lösung gefunden werden. In diesem Zusammenhang warnt das Fluglärmforum Süd davor, auf Stufe Zürcher Regierungsrat erneut eine Kehrtwende zu vollziehen. Der Entscheid, in der Flughafenpolitik das Primat der Nordausrichtung walten zu lassen, war sachlich richtig. Es wäre daher falsch, jetzt eine neue Verteilungsdebatte vom Stapel zu lassen, weil das BAZL eine vermeintlich bessere Verteilvariante „BV 2 SIL“ präsentiert hat. Auch diese Variante würde grosse Teile der Zürcher Bevölkerung unnötigerweise neu mit Fluglärm belasten. Sollte Deutschland seine Drohung wahr machen und den Süddeutschen Luftraum für Anflüge auf den Flughafen Kloten sperren, müsste nun der sogenannte „Geknickte Nordanflug“ durch Unique und den Regierungsrat mit aller Kraft vorangetrieben werden.